

Bezugspreis
Die Zeitschrift wird monatlich bei postamtlicher Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Social-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Social-Zeitung gestattet.
Szenen der Schiffsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1143, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4602.

Zeitung

Anzeigen
werden die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und in unseren Jahreshesften und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Rechnungen die Seite 1 bis. Schluß der Anzeigen sind am Sonntagmorgen 11 Uhr für die Sonntagnummern abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, femer solche Zusätze, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schiffsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Nr. Beethovenstraße 17.
Haupt-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Wichtige Erklärungen des Reichskanzlers.

Ein Zwischenfall bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Frist ist abgelaufen!

Als der Führer der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, Herr Tschel, am 25. Dez. erklärte, daß die Erklärung des Vierbundes die Möglichkeit zu allgemeinen Friedensverhandlungen biete, und als auf Vorschlag der Russen eine zehntägige Pause in Brest-Litowsk eintrat, da konnte man die bestehende Hoffnung hegen, daß auch im Westen Ermäßigungen der Forderungen möglich wären. Wenn diese Zeiten heute in den Besitz unserer Völker kommen, ist die Verhandlungspause verfrucht, ohne daß sich die Hoffnungen erfüllt haben, die in den verflochtenen Weidandstingen laste anfangen. Die englisch-französischen Staatsmänner haben die Frist ungenutzt verstreichen lassen und die Delegierten der fünf zu Verhandlungen zusammengeführten Mächte haben erneut das Wort. Statt nach ehrenvollen Wegen zu suchen, die zum Frieden führen, hat man in den letzten zehn Tagen in England und Frankreich die ganze Kraft auf Verände konzentriert, durch manigfache Hände die trüben geknüpften Beziehungen zwischen Rußland und dem Vierbund zu zerstören oder ganz zu vernichten. England verzog sich den Forderungen nicht mehr zu reiten, weil Rußland sich nicht länger durch Lebensarten abspäßen lassen will. Trotz der Gefahr der auswärtigen Politik des hochkonservativen Rußlands, wollte die bisherigen Verbündeten die in Bräunigen ihrer Kriegsziele und zum Anschlag an die Verhandlungen in Brest-Litowsk veranlassen. Bedenke aber er nicht erreicht. Die Entente konnte ihr Kriegsziele, die seit dem Sudomirnow-Prozess so oft herzerotzt, nicht selbst darlegen, weil sie dadurch den ungenügenden imperialistischen überwertlichen befähigt haben würde. Die in Paris und London bis her verflochtenen Friedensverhandlungen das Stillweigen über die Aufgabe der alliierten Mächte. Da man sich hierzu auch jetzt noch nicht verstehen wollte, blieb nur das System des Stillweigens übrig. So wurde der Welt noch einmal klar gemacht, wo die eroberten-schlüssigen Elemente liegen. Noch einmal konnten die Neutralen erkennen, wer die Fortsetzung des Völkerringens zu verantworten hat. Die Verantwortung für das Untergang der nächsten Wochen und Monate ruhen zufolles des Staatsmänner an der Seine und Themse, die die Größe der Stunde und die Schwere der Entscheidung nicht voll zu erfüllen vermögen. Wenn auch künftig noch Tausende von Menschen ein frühes Ende in einem fernem Massengrab finden, und wenn weitere blühende Dörfer in einen Schutthäufen verwandelt werden, dann kann nur immer wieder gesagt werden: Nicht wir, ihr anderen habt es so gewollt! Die Weltmächte konnten eine Antwort auf die Vorfrage von Brest-Litowsk in der gezeigten Frist von zehn Tagen auch deshalb nicht finden, weil sie die bisher geübte Heuchelei hätten preisgeben müssen. Das Wachen von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen hätte sich in dieser Antwort nicht aufrecht halten lassen. Die Russen haben in einem längeren Kampfspruch den Weltmächten klar zu machen versucht, daß ein selbständiges Elb-Preußen, Galizien und Böhmen ein nicht minder selbständiges Irland, Ägypten, Indien, Arabien und Madagascar gegenüberstehen müßten. An einen Frieden auf demokratischer Grundlage, wie ihn die Russen im Auge haben, wollten England und Frankreich nicht eingehen, weil ihnen der Preis hierfür zu hoch erschien. Deshalb mußte der demokratische Gedanke für die Weltmächte in der Verleugung verwinden.

Nun haben wir in den letzten 24 Stunden mehrfach gehört, daß zwischen den Kabinetten in Paris, London und Washington ein Meinungsaustausch über die geplante Antwort stattgefunden. Eine Verzögerung in den heute oder spätestens morgen auf neue in Brest-Litowsk beginnenden Verhandlungen kann durch eine solche Aussprache unserer westlichen Gegner nicht erreicht werden. Schon am 25. Dez. hat der russische erste Delegierte zum Ausdruck gebracht, daß nach Ablauf der zehntägigen Frist die Verhandlungen „unter allen Umständen“ weiter geführt werden müßten. Den gleichen Standpunkt nimmt Rußland nach der Petersburger „Wanda“ auch heute noch ein. In dem in Berlin gehalten am 2. Dez. Reichstages, der nunmehr erst Mitte Februar einberufen werden soll, zusammengetretenen Hauptauschüsse war man gleichfalls dieser Meinung. Obwohl dort gehen nur zwei Vertreter der Parteien — Zeman und Engelender — zum Wort gekommen sind und ein gemeinsamer Beschluß der Mehrheit des Reichstages noch nicht gefaßt werden konnte, darf man annehmen, daß der Ausbruch in seiner Mehrheit die von Rühlmann bisher in Brest-Litowsk verlorste Politik auch jetzt billigen wird. Der Kernpunkt der den Verhandlungen der Friedensdelegierten und bei denen der Reichstagsdelegierten liegt heute in der Verantwortung der Frage: Was ist der „Ausdruck des Volkswillens“? Der Wille der betroffenen Völker soll bekanntlich für das weitere Schicksal von Polen, Litauen, Böhmen und Rußland mitzubedenken sein. Nach dem amtlichen Bericht lie gehen der Vertreter des Reichstages der Meinung gewesen, daß die bereits bestehenden versorgungsmaßige Körperkräfte in den bestgen Gebieten als

Keine Vertagung der Friedenskonferenz.

Rußland möchte die Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm verlegen. — Deutschland lehnt den Vorschlag ab.

Berlin, 4. Januar. Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Hauptauschusses mitteilte, hat die russische Regierung eine Vertagung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vorgeschlagen. Staatssekretär v. Kühlmann ist beauftragt worden, diejenige Vorfrage abzuklären. Weiter ist aus Petersburg erklärt worden, daß Punkt 1 und 2 unserer Vorfrage, die sich auf die Modalität der Räumung der Gebiete und Bornahme der Volksschlüssungen beziehen, nicht angenommen werden können. Dazu bemerkte der Reichskanzler:

Wir können davon nicht abgehen. Wir können getroßt abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stügen uns auf unsere Machtstellung, unsere lokale Stimmung und auf unser gutes Recht. (Lebhafte Beifall.) Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Brest-Litowsk eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukraine verhandeln würden.
In seiner Erklärung im Hauptauschuss sagte der Reichskanzler u. a. nach:

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorzwecken zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterzuführen wollen, darf ich darauf hin-

weisen, daß eine Vertagung nach Stockholm zu unvorhersehlich großen Schwierigkeiten führen würde. — Ich will nur die Schwierigkeiten anführen, daß die direkte Verhandlung, die die bestehenden Delegationen mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verhandlungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut —, in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Dazu kommt, daß die Madenschiffen der Entente Mühen haben zu sein zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Der Reichskanzler fügte noch hinzu: In der russischen Presse wird uns inkriminiert, daß in den Punkten 1 und 2 unserer Vorfrage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegenen wollen. Ich muß diese Inkrimination zurückweisen. (Beifall.) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Der Ausschuss hat sich nach diesen Erklärungen, um den Bräunigen Gelegenheit zu geben, zunächst unter sich über die Situation zu beraten.

„Ausdruck des Volkswillens“ anzusehen sind, während der Abg. David als Vertreter der Sozialdemokratie eine resolute Volksschlüssung im Sinne der Russen im Auge hat. Die Schwierigkeiten einer solchen allgemeinen Schlüssung, der der den Madenschiffen der Entente Tür und Tor geöffnet wären, liegen auf der Hand. Hier die rechte Mittelstufe zu finden, bei der der Friede auch mit einer etwaigen fünfjährigen russischen Regierung gesichert ist und bei welcher die Schwierigkeiten für den späteren Abschluß eines allgemeinen Friedens nicht unüberwindlich vermehrt werden, ist die schwerste Aufgabe, deren Lösung die kommenden Tage nach dem Wiederbeginn der Friedensverhandlungen bringen sollen.
O. H.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 4. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vortößen, die stück und Sperrn und nördlich von La Bassée ausgehen, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Motworez und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre erbeutet.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abwurf von der Erde 21 Flugzeuge und zwei Fesselballone. Oberleutnant Boerger erlang seinen 20. Aufstieg.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

24 000 Schiffstonnen versenkt.

Berlin, 3. Januar. Amtlich. Im St. Georges- und Bristolkanal wurden durch U-Boote
7 Dampfer und 1 Segler mit rund 24 000 Tonnage versenkt. Unter den Schiffen befand sich der bemalte englische Dampfer „Charleston“ mit Kohlenladung und vier schwer beladene bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach auffälliger schwerer Detonation sofort sanken. Vom englischen Dampfer „Charleston“, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergeschossen wurde, ist ein Geschütz erbeutet worden. Zwei Leute der Schiffsbewehrung wurden gefangen genommen.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zwangsrationalierung bei den Westmächten.

Gegen die U-Boote.

Washington, 3. Jan. (Reuters.) Das Staatsdepartement teilt in einem zusammenfassenden Bericht über die Arbeiten seiner Vertreter auf der Pariser Konferenz mit: Die hauptsächlichsten Vorstöße sind folgende: Die Vereinigten Staaten sollten ihren ganzen Einfluß ausüben, um nötige Einheitlichkeit im Lande, zur See und auf luftwirtschaftlichem Gebiete zwischen Amerika und den an seiner Seite kämpfenden Ländern herbeizuführen. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten sollten alles aufbieten, um die erfolgreiche Beendigung des Krieges durch planmäßige Zusammenfassung ihrer Hilfsquellen an Menschen und Material zu beschleunigen. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollten so rasch als möglich nach Europa entsandt werden. Ferner teilt die Delegierten die Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Alliierten zur Zusammenfassung des Schiffsmaterials mit und geben bekannt, daß letzter Schiffraum als möglich für den Transport der amerikanischen Truppen verwendet werden würde. Außerdem würde ein Plan zur intensiveren Ausnutzung der amerikanischen Seestreitkräfte ausgearbeitet und mit der britischen Admiralität ein Abkommen betreffend Bekämpfung der U-Boote getroffen. Ferner sei für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Beratungen des Obersten Kriegsrates Sorge getragen. Es wurde eine Einigung über die Beiträge der Vereinigten Staaten zu den gemeinsamen Kriegsmitteln der Alliierten erzielt und Bürgschaft dafür geschaffen, daß für alle amerikanischen Streitkräfte, die im Jahre 1918 nach Europa geschickt werden, alle benötigten Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt würden. Großbritannien, Frankreich und Italien haben, um den Vereinigten Staaten einen genaueren Einblick in die Probleme der Lebensmittellieferung in eigenen Lande zu verschaffen, zugestimmt, in ihren Ländern die Zwangsrationalierung der Lebensmittel einzuführen. Ferner wurde der Anteil der Vereinigten Staaten an den militärischen Operationen genau festgelegt und eine beratende Kommission der alliierten Länder ins Leben gerufen, deren Aufgabe es sein wird, über die Zusammenfassung von Schiffen, durch die es Amerika ermöglicht werden soll, seine militärischen Pläne durchzuführen, zu entscheiden.

Ausgelöstes Fleisch in England.

Rotterdam, 3. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Gestern herrschte auf allen wichtigen Fleischmärkten des Landes großer Fleischmangel. Die verfügbare Fleischmenge blieb viel unter dem Durchschnitt. In einigen Fällen fehlten fast die Metzger an, um einmahl von dem Herdenden Fleisch bekommen, um auf einigen Märkten wurde sogar um die vorhandenen Vorräte gekämpft. In einigen Bezirken von London hatte es gefehlen den Metzger, als es wieder zu Volkswirtschaften vor den Metzgerständen kommen würde. Es wurde deshalb angeordnet, Vorräte aus den größeren Geschäften herbeizuführen.

Die Friedensfrage im Hauptaustausch.

Die Schwierigkeiten bei der Regelung der Gebietsfragen. — Die Haltung des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Der Hauptaustausch des Reichstages trat, wie wir bereits in unserer Morgen-Ausgabe meldeten, am Donnerstag nachmittags um 3 Uhr in Gegenwart des Reichstagspräsidenten Graf von Hertling zusammen. Über den Verlauf der Sitzung lassen wir nachstehend noch einen ausführlichen Bericht folgen:

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach (Ztr.), eröffnete die Sitzung mit herzlichem Gruß an die Mitglieder und mit der Hoffnung, daß das neue Jahr einen günstigen Frieden bringen werde.

Gegenstand der Tagesordnung sind die Friedensverhandlungen. Die Sitzungen des Ausschusses sollen nicht mehr auf zwei, sondern auf drei, vier und fünf bis 2 Uhr amern. Zum Reichstagspräsidenten für das Plenum wird Abg. Prinz von Schaumburg-Lippe gewählt.

Reichstagspräsident Graf Hertling erkennt das Bedürfnis des Reichstages an, mit der Regierung in dieser Situation vertrauensvolle Fühlung zu halten. Der Staatssekretär von Rüchmann habe bereits wieder abtreten müssen. Die Mitteilungen, die dem Hauptaustausch gemacht werden sollen, gelten für die Vergangenheit und für heute, ob sie für morgen auch noch gelten, könne man nicht wissen.

Über Zuschnittele möchten wir nicht gefast sein; doch haben wir gute Hoffnungen, die Sache zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Freiherr von dem Bauske: Da ich den Verhandlungen in Brest-Litovsk nicht beigewohnt habe, kann ich ihren Gang nicht so schildern, wie es Staatssekretär von Rüchmann getan haben würde. Die Konferenzen sind von einem sehr günstigen Endergebnis zu erwarten. Die Verhandlungen in der Seilochstraße in Jockai. Artikel 9 des Waffenstillstandsvertrages sah das unmittelbare Eintreten in die Friedensverhandlungen vor. Diese begannen denn auch ohne Verzögerung in Brest-Litovsk. Als Vertreter der Obersten Heeresleitung nimmt General Hoffmann an den Verhandlungen teil. Diese waren zunächst, da auf der einen Seite eine Koalition von vier Mächten, auf der anderen Seite Rußland allein steht. Die Öffentlichkeit ist über den Gang eingehender unterrichtet als sonst üblich; auch das bedeutet eine Schwärzung, weil dadurch die Entente die Möglichkeit erhält, während einzuwirken. Dem ersten Gegenstand der Verhandlung bildeten die bekannten Vorschläge der russischen Ordnung. Darauf erfolgte die gleichfalls bekannte grundsätzliche Erklärung der Verbündeten vom 25. Dezember. Die zunächst beratenden Einzelfragen, nämlich

die Gebietsfragen, bereiten große Schwierigkeiten, indem die Russen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Mittelpunkt rücken. Praktisch haben die Russen dieses Recht neuerdings Finland zugewandt. Ueber die wirtschaftlichen Verhandlungen in Brest-Litovsk machte der Unterstaatssekretär längere vertrauliche Mitteilungen. Die gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes eingesetzten Spezialkommissionen, z. B. zur Regelung der Gefangenenergabe, habe eine Fülle schwerwiegender Fragen zu lösen.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst die politischen Fragen zu behandeln.

Abg. Erzeberger (Ztr.): Das Vorgehen der Vertreter Deutschlands in Brest-Litovsk findet im allgemeinen unsere Billigung. Das Scheitern in diesen Kreisen unseres Volkes über die Erklärung der deutschen Delegation ist begreiflich, aber natürlich war die Erklärung richtig. Was die Entente zum Werk, müssen wir abwarten, doch wünschen wir, daß noch Ablauf der Frist weiter verhandelt wird, um zum Frieden zu kommen. Wir wünschen eine Verhandlung mit dem ganzen russischen Volk, damit nicht Reibungsflächen zurückbleiben oder neue entstehen. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben. Den Kern bildet das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem wir uns ohne Vorbehalt

anschließen müssen in der Auffassung, wie sie in Brest-Litovsk von beiden Seiten anerkannt worden ist. Die nach bestehende Differenz hinsichtlich der besetzten Gebiete ist im Grunde eine Formfrage, über die man sich verständigen kann. Das Selbstbestimmungsrecht muß klar und offen durchgeführt werden. Die Behandlung des litauischen Landesrats durch die Militärsverwaltung ist nicht zu billigen, so gar nicht zu verstehen. Eine Schwierigkeit wird die Frage machen, wann die Gebiete geräumt werden sollen. Am richtigsten wird es sein, wenn das in bestimmter kurzer Frist nach der russischen Demobilisierung geschieht. Auf diese Weise können wir zu einem dauernden Frieden mit Rußland kommen. Der Redner verbreitet sich ausführlich über die politische Frage, die Bedeutung ihrer Lösung und die Mittel, welche Bedenken abzuwehren. Eine Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker läßt sich finden, und auch Rußland wird zufriedengestellt werden können, so daß Garantien für einen dauernden Frieden gegeben sind.

Reichstagspräsident Graf Hertling: Der litauische Landesrat wird in den nächsten Tagen zusammenzutreten; er war bereits im Dezember versammelt und hat seine Tätigkeit aufhört, im Januar die eigentlichen Sitzungen aufzunehmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Was der Unterstaatssekretär mitgeteilt hat, war ausnehmend bekannt. Man sollte mit der Geheimdiplomatie engtätig zurücktreten. Der Grundgedanke der Selbstbestimmung der Völker wird von den Alldeutschen wieder als eine weitläufige Doktrin bekämpft; tatsächlich ist sie eminent praktisch. Denn sonst bleibt nur ein Gewaltfrieden, der ausbleiben wird und nicht dauernd sein würde. Der Grundgedanke ist auch ein ethischer. Endlich bleibt die einzige Garantie, daß der Friedensschluß in Rußland respektiert wird, müssen die Reaktionen sein, die kommen, wie sie wollen, denn die Bevölkerung ist die letzte Instanz. Damit erreichen wir die

Auffassung der uns umschließenden Koalition

für alle Seiten. Ueber die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechts besteht allerdings noch eine Differenz, über deren Größe wir uns nicht klar sind. Wie liegt es mit den Polen, Litauern und Kurändern angeblich bereits gefaßten Beschlüssen, die uns nicht mitgeteilt sind? Bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts verlangen wir, daß es offen und ehrlich zugeht. Die Vertretungen in Polen, Litauen und Kurland reichen nicht aus, aber man kann an sie anknüpfen und sie ausbauen, so daß sie sich aus allen Kreisen des Landes zusammenschließen. Die Grenzschließung zwischen Deutschen und Rußland im Einverständnis vornehmen. Den einheimischen Vertretungen muß jeder bald die Verwaltung übertragen werden. Am besten überlassen wir hinsichtlich der politischen Fragen den Polen selbst. Hoffentlich ist die Sache mit dem litauischen Landesrat nun in Ordnung. Die Zusammensetzung der russischen Landesvertretung genügt nicht als Ausmaß der Volksstimme. In den übrigen Gebieten liegt noch alles im Dunkel. Durch Verständigung läßt sich etwas erreichen, was besser ist, als alle künftigen Grenzschließungen. Die von der internationalen Presse empfohlene Politik dagegen wäre verhängnisvoll.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, daß von einer Denkschrift der Herren Rohrbach und von Seemann an seiner amtsdienlichen Stelle des Kriegsministeriums etwas bekannt ist.

Der Vorsitzende macht auf die frühere Meldung aufmerksam, die Namen der Redner aus dem Ausschuss nicht zu nennen. Die sozialdemokratischen Mitglieder bemerken hierzu, daß zwar ein demütigtes Angebot feinerzeit gemacht worden sei, sie sich aber nie daran gebunden hätten und auch in Zukunft nicht daran binden würden. Der Vorsitzende läßt seine Anregung daraufhin fallen und die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Ueber die militärische Lage

am Schluß des Kriegsjahres 1917 schreibt General von der See in „Tag“: Die militärische Lage des Kaiserreiches ist mit einer einzigen, nicht entscheidenden Ausnahme eine wenig günstige, diejenige des Reiches im Gegensatz, wie sie sich nicht als gewesen ist.

General von der See sagt im „Tag“: Unsere Armee ist jetzt in enger Arbeit und Vorbereitung zum letzten Akt des großen Weltkampfes begriffen. Ihre Maffen streben sich zusammen. Es ist fast möglich, die Schützungen ihrer Stärkeverhältnisse in den Blättern der Entente zu lesen. Es kann gesagt werden, daß Deutschland die Hoffnungen auf seine entwickelte Wehrkraft noch höher spannen darf. Ob diese noch einmal zu wuchtigen Anstößen als Schlage auslösen wird und muß, hängt davon ab, ob ihre Gegner endlich Vernunft annehmen werden, oder aber, in ihrer verblödeten Verblendung beharren wollen.

Die Ukrainer in Brest-Litovsk.

Brest-Litovsk, 3. Januar. Am 1. Januar ist in Brest-Litovsk die ukrainische Delegation der ukrainischen Republik, zusammengesetzt aus folgenden vier Bevollmächtigten, eingetroffen: R. Petruschko, M. Kubinski, M. H. Holowak, M. W. Semrut. Alle vier Vertreter sind Mitglieder der ukrainischen Zentralrada (Des ukrainischen Parlaments) und der ukrainischen konstituierenden Versammlung (in Petrotograd). Die Delegierten der Ukraine haben alle Vollmachten von der Regierung (der ukrainischen Volksregierung) zur Führung der Friedensverhandlungen. Im Gespräch mit unserem Korrespondenten haben die Bevollmächtigten erklärt, daß nach der Note des Generalstaatssekretärs (der Regierung der Ukraine) die ukrainische Republik in den Beziehungen unabhängiger internationaler Beziehungen einsteige. Die Bevollmächtigten der Ukraine bemerken, daß sie bedauerlicherweise genötigt seien, die Forderungen zu konstatieren, daß die deutsche Presse bezüglich der wahren Siedlage in der ukrainischen Republik sehr

schlecht orientiert (Wir haben, wie unsere Leser sich erinnern werden, stets eine Lange für die Ukrainer eingeleitet D. Red.) set. So sei z. B. die Deutsche Gesellschaft durch unrichtige und teilweise geradezu phantastische Nachrichten über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Frankreich immer England verstimmt worden. Die Ukrainer hätten zur Zeit der Kriegserklärung keinen Staatskörper gebildet und hätten weder direkt noch indirekt an der Entscheidung des Weltkampfes Anteil gehabt. Jetzt, nachdem das Volk der Ukraine einen freien Staat geschaffen habe, wünsche es, den schleunigen Abschluß eines demokratischen Friedens und es werde schwerlich jemandem gelingen, es von diesem Wege abzubringen. Die Ukrainer, die sich immer noch selbst um den selbständigen Aufbau der Formen ihres Staatswesens kümmern, würden nicht auf einen Augenblick des Abschlusses eines demokratischen Friedens ab, der die ökonomischen und sozialen Interessen der Ukraine sichern würde, eine neue Lebensarta für die ukrainische Volksrepublik beginne, eine Wende des Aufstrebens der bis dahin unterdrückten und unausgenutzten Lebenskräfte des von den Feinden der Slawerei bereiten Volkes. Die Delegierten der Ukraine hoffen, daß sie bei den Friedensverhandlungen selbständig mit den Vertretern des Volkes der Weltkommunisten werden vorgehen können.

Gegen die englischen Reaktionen.

Der streitbare englische Abgeordnete und Bodmann in Schiffsbauangelegenheiten, der Redner Douglas, hat sich von einem Beauftragten der „London Times“ ausfragen lassen. Zunächst fragte er sich über den mancherlei Schuss der englischen Schiffsahrt in der Bucht von Liverpool, meinte, daß statt der in West liegenden Fernfahrer oder Seeflugzeuge am Plage wären, und gab seine Versicherung für die Stereotype Versicherung des Marinevertreters, daß die Marine ihr „Beutes tue“ — die hängige Ausrede unfähiger Leute —, durch den höflichen Rat Ausdrück, die Marine werde in diesen Ge-

wissen schwimmende Anzeigen in deutscher Sprache benutzen, mochten den deutschen U-Boot-Befehlungen gute Behandlung und hohe Belohnung für den Fall der Uebergabe zugewandt werde. Dann führte er Beschwerde über Sir Geo Chiosa an, der zu unrichtig behauptet habe, daß die Marine keine und langsame Schiffe in einem Geleise mit einer Geschwindigkeit von vier bis fünf Knoten zusammenfüge, wenn sie auch jetzt nach vielen Wahnungen diesem Uebelstande abhelfen würde. Der Redner von Geddes am 13. Dez. sollte Heulen eine gewisse Anerkennung, weil er darin zugebe, daß Deutschland U-Boote schneller baue, als England sie versetzen könne, und englische Schiffe schneller versetze, als England sie bauen könne. Aber alles, was Geddes über Schiffsverletzungen und Schiffsbauten und sonstige militärische Mittel vor sich bringt, ist schief und falsch. Das U-Boot ist von der Marine entweder noch nicht entdacht oder noch nicht angewendet worden. Wenn gesagt wird, die U-Boot-Drohung sei zwar nicht bemerkt, aber doch aufgegeben, so kann ich annehmen, der Statistiker nach eine schlechte Angabe zu sein. Wenn jetzt der nötige Schiffsbau da sein soll, so würde ich nicht, warum die Schiffe bauen, die danach liefern, ihn nicht erhalten. Ich möchte unsere Lage nicht pessimistisch ansehen, aber ich betone noch heute, wie seit zwei Jahren, daß größere Anstrengungen und mehr Ehrgefühl gegenüber dem ersten U-Boot-Problem nötig sind. Houston wurde sich dann abermals den in 31 Millionen in 3 Jahren angegeben Sir Geo Chiosa an, was man bisher als ein einziges Verbrechen im Bewandertein in Zahlen nachgelegt hat, und der nun nicht einmal abduzieren könne. Habe er doch die sieben Einheitschiffe mit ihrem Einzeltonnage angegeben und die Summe auf 47 274 Tonnage, während sie sich nur auf 30 224 Tonnage belaufe, so daß er um 11 000 Tonnage übertrieben habe. Nach Schlimmer aber sei die Ungenauigkeit seiner Angabe, daß der sonstige Schiffbau außer der gewöhnlichen Einheitschiffen im November jetzt viel größer sei, und der Zahl der Verluste nahe komme. Hierüber habe ihm einer der modernsten Schiffsbauer des Landes, der selbst Einheitschiffe gebaut habe und nicht genug Arbeit für seine Heiligkeit bekommen könne, folgendes geschrieben:

Es ist unmöglich, auch nur einen Augenblick an die Angaben zu glauben, daß der neue, im November fertiggestellte Schiffsraum in diesem Monat werden fertiggestellt nahe kam, die Angabe es für herab, daß England in solcher Weise über eine U-Boot-Fregate gestiftet wird.

Verlorene neutrale und feindliche Schiffe.

Christiana, 3. Jan. Des norwegische Ministerium des Meeres teilte mit: Der norwegische Dampfer „Sigris“ ist auf der Reise von Barmy nach Rouen am 31. Dezember versenkt worden. Der Kapitän und 13 Mann wurden gerettet. Fünf Mann sind umgekommen. Die „Sigris“ war für 2 1/2 Millionen Kronen versichert. Der norwegische Dampfer „Tiro“, auf der Reise von Barmy nach Rouen mit Kohlen, ist versenkt worden. Die Besatzung ist ein Mann ums gekommen. Der schwedische Dampfer „Eric Solow“ ist in der Bucht der englischen Küste am 30. Januar versenkt worden. Die Besatzung von 25 Mann ist gerettet. Die Schiffsladung betrug aus 4200 Tonnage Kohlen, die für die schwedische Staatsbahn bestimmt waren.

Die U-Bootjäger — als Verleger erkannt!

Wie dem „Manchester Guardian“ vom 21. Dezember aus Washington gefolgt wird, erklärte der amerikanische Marineminister Daniels vor dem Marineauschuss des Repräsentantenhauses, daß man im Frühling allerdings die U-Bootjäger mit großer Begeisterung beurteilt habe. Er habe für viele „Jäger“ als dauernd wirksame Kriegsmasse jedoch jetzt nicht mehr viel übrig. Zu Anfang hatte man die Wichtigkeit erkannt, laufende Schiffe von diesem Typ zu bauen.

Fus dem Eismeer verschwunden.

Wladiwostok, 3. Jan. Wie ein heftiges Blatt aus London meldet, haben die englischen Schiffe „Wendell“ verlassen, nachdem die Devisen, die die Marines dort eingebracht hatten, abgezogen und entgeladen worden waren. Die Verluste, sind auch die französischen Schiffe aus dem Eismeer verschwunden.

Englische Beteiligung der Meldungen des Admiralsches über Erfolge des U-Boot-Krieges.

Nach der amerikanischen Zeitung „Public Ledger“ ist aus Angaben des Leiters der englischen Schiffsverkehrsamt, Sir Macdon, zu erhellen, daß seit dem 25. Februar in siebenmonatiger Unterwerfungstätigkeit die Deutschen mehr als 5 Millionen Tonnage englischer Handelsschiffe und nahezu 1 Million Tonnage sonstigen feindlichen und neutralen Handelsschiffes versenkt haben. Die Zeitung erklärt, daß diese Zahlen beweisen, daß die Deutschen ihrer Industrie in unangenehmer Weise nachkommen sind und sagt noch hinzu: Die Bewertung dieser schmerzhaften Verluste sollte sich das amerikanische Volk vor Augen halten.

Die Schnurheit nach einem Entente-Bündnis.

„Times“ veröffentlicht am 24. Dezember ein Telegramm ihres New Yorker Korrespondenten, in dem es heißt: „New York Tribune“ gibt in einem Leitartikel vom 21. Dezember das Urteil des führenden amerikanischen War, der Frage gestellt hat: Bestehen in den nächsten Jahren wieder, daß die Beteiligung eines Oberbefehlshabers für die Weltfront notwendig ist. Das Blatt schreibt: Für Clemenceau ist wahrscheinlich, von der Befähigung des Berats im Inneren abgesehen, keine Frage so wichtig, wie die des Oberbefehls. Es mag sein, daß er zurücktreten wird, falls es ihm nicht gelingt, die Zustimmung Englands in dieser Frage zu gewinnen. Es steht den Amerikanern nicht zu, vorzeitig über den englischen Standpunkt abzugeben, oder Englands Regierung zu tadeln, keine Truppen eines Franzosen zu unterstellen. Anderson ist es zuzuschreiben, daß das offizielle wie das nicht-offizielle Amerika in dieser Angelegenheit dem französischen Standpunkt zuneigt. Und wenn die Frage zur Entscheidung kommt — wie sie kommen muß —, dann dürfte America, ebenso wie Italien, auf jeden Fall zu sehen. In dieser Frage kann es kein Kompromiss geben.

